

**Gesellschaftsvertragsentwurf**  
**insertEFFECT GmbH (Version vom 05.10.2020)**

**I. Allgemeine Bestimmungen**

**§ 1**

**Firma und Sitz der Gesellschaft**

- (1) Die Gesellschaft führt die Firma

insertEFFECT GmbH

- (2) Sitz der Gesellschaft ist Nürnberg.

**§ 2**

**Gegenstand des Unternehmens**

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Konzeption, Gestaltung, Entwicklung und Beratung im Bereich von Softwarelösungen, für Internet und mobile Endgeräte, um insbesondere ÖPNV und Stadtgesellschaften den Weg in die digitale Mobilität zu ermöglichen.
- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen oder Zweigniederlassungen, Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben, pachten oder mieten sowie Interessengemeinschaften eingehen.

**§ 3**

**Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr**

- (1) Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.

(2) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

#### § 4

#### **Bekanntmachungen der Gesellschaft**

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im elektronischen Bundesanzeiger.

#### § 5

#### **Stammkapital, Stammeinlagen**

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.200,00 EUR (in Worten: fünfundzwanzigtausendzweihundert Euro).

#### § 6

#### **Gesellschaftsorgane**

Die Organe der Gesellschaft sind

1. der/die Geschäftsführer und
2. die Gesellschafterversammlung.

## **II. Geschäftsanteile, Auflösung der Gesellschaft**

#### § 7

#### **Verfügungen über Geschäftsanteile**

Jede Verfügung über einen Geschäftsanteil oder über Ansprüche aus einem Geschäftsanteil, insbesondere Abtretung, Verpfändung oder Nießbrauchbestellung, sowie die Beteiligung eines Dritten an einem Geschäftsanteil im Innenverhältnis (durch Unterbeteiligung oder in anderer Weise) bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung aller übrigen Gesellschafter. Dies gilt nicht, soweit der Erwerber bzw. der Berechtigte Mitgesellschafter oder ein mit dem Gesellschafter verbundenes Unternehmen ist.

§ 8

**Vorerwerbsrecht**

- (1) Jeder Gesellschafter ist grundsätzlich ab dem 1. Januar 2027 berechtigt, über seine Geschäftsanteile an der Gesellschaft oder Teile hiervon unter Beachtung des nachfolgenden Abs. 2 zu verfügen. Die zeitliche Einschränkung gemäß Satz 1 entfällt ausnahmsweise dann, wenn bei einem Mitgesellschafter des veräußerungswilligen Gesellschafters ein Kontrollwechsel eintritt. Ein Kontrollwechsel liegt vor, wenn bei einem Gesellschafter die Mehrheit der Stimmrechte oder Kapitalanteile an diesem direkt oder indirekt auf einen fremden Dritten übergehen, der nicht bis dahin schon unmittelbarer oder mittelbarer Gesellschafter der Gesellschaft ist.
  
- (2) Will ein Gesellschafter seine Geschäftsanteile oder einen Teil seiner Geschäftsanteile an einen Dritten veräußern, der nicht bereits Mitgesellschafter ist, so hat er diese Absicht seinen Mitgesellschaftern vorab unter Nennung der Zahl der Geschäftsanteile und des Kaufpreises schriftlich mitzuteilen. Der oder die Mitgesellschafter (bei mehreren Mitgesellschaftern untereinander im Verhältnis ihrer Beteiligungen an der Gesellschaft) haben sodann das Recht, innerhalb eines Monats nach Zugang dieser Mitteilung zu erklären, dass sie diese Geschäftsanteile zu diesem Kaufpreis erwerben wollen (Vorerwerbsrecht). Übt ein Mitgesellschafter sein Vorerwerbsrecht nicht aus, wächst es den übrigen Mitgesellschaftern an und die Frist nach Satz 2 verlängert sich um einen weiteren Monat. Die angebotenen Geschäftsanteile können nur vollständig erworben werden. Der veräußerungswillige Gesellschafter ist in diesem Falle verpflichtet, unverzüglich mit dem oder den erwerbwilligen Gesellschafter(n) einen Anteilskauf- und -übertragungsvertrag über die Geschäftsanteile zu schließen. Üben der oder die Mitgesellschafter ihr Vorerwerbsrecht nicht aus, so ist der veräußerungswillige Gesellschafter berechtigt, die angebotenen Geschäftsanteile innerhalb einer Frist von weiteren sechs Monaten zu einem Kaufpreis, der nicht niedriger sein darf als der Kaufpreis nach Satz 1, an einen oder mehrere Dritte zu veräußern. Die Mitgesellschafter sind in diesem Falle verpflichtet, ihre Zustimmung gem. § 7 zu der Anteilsübertragung zu erteilen.

- (3) Eine Verpflichtung zur Zustimmung gemäß vorstehendem Abs. 2 Satz 7 besteht ausnahmsweise dann nicht, wenn in der Person des Erwerbers ein wichtiger Grund zur Verweigerung der Zustimmung besteht, der es dem oder den übrigen Gesellschaftern unzumutbar macht, der Übertragung von Geschäftsanteilen auf diesen zuzustimmen. Ein wichtiger Grund ist auch die Verweigerung des Eintritts in den zwischen den Gesellschaftern bestehenden Konsortialvertrag.

## § 9

### **Einziehung von Geschäftsanteilen**

- (1) Die Gesellschaft kann jederzeit mit Zustimmung des betroffenen Gesellschafter die Einziehung von Geschäftsanteilen beschließen. Die Einziehung wird mit Zugang des Beschlusses bei dem betreffenden Gesellschafter wirksam.
- (2) Die Einziehung des Geschäftsanteils eines Gesellschafter ohne dessen Zustimmung (Zwangseinziehung) ist zulässig, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Als ein wichtiger Grund sind insbesondere grobe Verletzungen der Gesellschafterpflichten durch einen Gesellschafter sowie der Umstand anzusehen, dass ein Geschäftsanteil oder Ansprüche aus einem Geschäftsanteil aufgrund eines nicht nur vorläufig vollstreckbaren Titels gepfändet werden und die Pfändung nicht innerhalb von drei Monaten wieder aufgehoben wird oder dass über das Vermögen eines Gesellschafter das Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse abgelehnt wird. Steht der Geschäftsanteil mehreren Mitberechtigten zu, genügt es, wenn diese Voraussetzungen nur bei einem von ihnen vorliegen.
- (3) Mehrere Geschäftsanteile eines Gesellschafter können nur insgesamt eingezogen werden.
- (4) Statt der Zwangseinziehung kann die Gesellschafterversammlung beschließen, dass der Geschäftsanteil auf die Gesellschaft selbst, auf die übrigen Gesellschafter oder an von der Gesellschaft zu benennende Dritte zu übertragen ist.

- (5) Die Gesellschaft oder die Gesellschafter können bei der Pfändung eines Geschäftsanteils den vollstreckenden Gläubiger befriedigen. Der betroffene Gesellschafter kann dieser Befriedigung nicht widersprechen; er muss sich die Leistung auf seinen Entgeltanspruch gemäß § 10 anrechnen lassen.
- (6) Die Beschlüsse gemäß Abs. 2 und 4 bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen. Dem betroffenen Gesellschafter steht kein Stimmrecht zu.

## § 10

### **Abfindung ausscheidender Gesellschafter**

- (1) In Fällen des Ausscheidens eines Gesellschafters gemäß dem § 9 ist dem ausscheidenden Gesellschafter eine Abfindung zu zahlen, die gemäß nachfolgenden Bestimmungen zu berechnen ist.
- (2) Die Abfindung ist zum Stichtag zu errechnen. Stichtag ist, wenn das Ausscheiden zum Schluss des Geschäftsjahres erfolgt, der erste Tag des folgenden Geschäftsjahres und in allen anderen Fällen der erste Tag des laufenden Geschäftsjahres.
- (3) Grundlage für die Berechnung der Abfindung ist der Verkehrswert des Unternehmens. Dieser ist auf der Grundlage der jeweils aktuellen "Grundsätze zur Durchführung von Unternehmensbewertungen" des Hauptfachausschusses des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (derzeit IDW S1) unter Berücksichtigung des Zerschlagungswertes als Mindestwert zu ermitteln.
- (4) Der Ausscheidende erhält von dem gemäß Abs. 3 ermittelten Betrag einen Teilbetrag, der seiner prozentualen Beteiligung am Stammkapital entspricht.
- (5) Einigen sich die Beteiligten über die Höhe der Abfindung nicht, so ist diese von einem Wirtschaftsprüfer als Schiedsgutachter verbindlich für alle Beteiligten festzustellen. Der Schiedsgutachter wird bei fehlender Einigung über seine Person auf Antrag eines Beteiligten durch die für den Sitz der Gesellschaft zuständige Kammer der Wirtschaftsprüfer ernannt. Soweit keine Einigung über den Verkehrswert von Grundstücken und Gebäuden besteht, soll dieser von dem zuständigen Gutachterausschuss nach dem Baugesetzbuch

für alle Beteiligten als Schiedsgutachter verbindlich festgestellt werden. Der Schiedsgutachter entscheidet entsprechend § 91 ZPO auch über die Kosten seiner Inanspruchnahme.

- (6) Eine Gewinnausschüttung zwischen dem Stichtag und dem Tag des Ausscheidens ist auf die Abfindung anzurechnen.
- (7) Die Abfindung ist in drei gleichen unmittelbar aufeinander folgenden Jahresraten zu entrichten. Die erste Rate ist sechs Monate nach dem Ausscheiden fällig; die Folgeraten sind jeweils im Jahresabstand danach zu zahlen. Bis zur Fälligkeit der ersten Rate ist das Abfindungsguthaben unverzinslich. Ab diesem Zeitpunkt bis zu Auszahlung ist der jeweilige Restbetrag mit 2 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz gemäß § 247 BGB jährlich zu verzinsen. Die Zinsen sind jeweils mit den einzelnen Raten zur Zahlung fällig. Eine vorzeitige Auszahlung ist möglich.

## **§ 11**

### **Auflösung und Abwicklung**

- (1) Die Auflösung der Gesellschaft kann von der Gesellschafterversammlung nur mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden.
- (2) Nach Auflösung der Gesellschaft ist diese abzuwickeln.
- (3) Liquidatoren sind die Geschäftsführer der Gesellschaft, soweit die Gesellschafterversammlung keine/n andere/n Liquidator/en bestellt. Die Gesellschafterversammlung kann den oder die Liquidator/en von der Beschränkung des § 181 BGB befreien.
- (4) Das nach Befriedigung der Gläubiger verbleibende Vermögen der Gesellschaft ist zunächst zur Rückzahlung der Stammeinlagen zu verwenden. Das verbleibende Restvermögen ist auf die an Gewinn und Verlust beteiligten Gesellschafter nach Maßgabe ihrer Geschäftsanteile zu verteilen.

## § 12

### Vereinigung von Geschäftsanteilen

Die Zusammenlegung von Geschäftsanteilen erfolgt durch Gesellschafterbeschluss mit Zustimmung des betroffenen Gesellschafters. Der Beschluss bedarf der notariellen Beurkundung.

## § 13

### Neubildung eingezogener Geschäftsanteile

Die Neubildung eines eingezogenen Geschäftsanteils oder die Aufstockung der verbliebenen Geschäftsanteile ist zulässig, soweit dem nicht zwingendes Recht entgegensteht.

## III. Geschäftsführer

## § 14

### Geschäftsführung und Vertretung

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch ihn allein vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.
- (2) Die Geschäftsführer werden durch die Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Gesellschafterversammlung kann Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis erteilen und sie von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien.

## § 15

### Zuständigkeit der Geschäftsführer

- (1) Die Geschäftsführer führen die Geschäfte nach Maßgabe des Gesetzes, dieses Gesellschaftsvertrages und einer von der Gesellschafterversammlung beschlossenen Geschäftsordnung für die Geschäftsführung.

- (2) Die Geschäftsführer leiten die Gesellschaft unter eigener Verantwortung. Sie haben die ihnen obliegenden Pflichten mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Kaufmanns zu erfüllen.
- (3) Handlungen, die der gewöhnliche Betrieb des Handelsgewerbes der Gesellschaft nicht mit sich bringt, dürfen die Geschäftsführer nur vornehmen und zulassen, wenn die Gesellschafterversammlung vorher zugestimmt hat.
- (4) Die folgenden Handlungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung auch dann, wenn sie im Einzelfall zum gewöhnlichen Betrieb des Handelsgewerbes der Gesellschaft gehören:
  - a) Erwerb, Herstellung und Veräußerung von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, soweit im Einzelfall ein in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festzulegender Betrag überschritten wird,
  - b) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten, soweit im Einzelfall ein in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festzulegender Betrag überschritten wird,
  - c) Entsendung von Vertretern in den Aufsichtsrat oder in das entsprechende Organ eines Beteiligungsunternehmens,
  - d) Aufnahme von Darlehen, Übernahme von Bürgschaften, Abschluss von Gewährverträgen und Bestellung sonstiger Sicherheiten, soweit im Einzelfall ein in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festzulegender Betrag überschritten wird,
  - e) Gewährung von Darlehen und sonstigen Krediten, soweit im Einzelfall ein in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festzulegender Betrag überschritten wird,
  - f) Anhängigmachung von Prozessen und Abschluss von Vergleichen, soweit im Einzelfall ein in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festzulegender Streitwert bzw. Vergleichswert überschritten wird,
  - g) Erteilung und Widerruf von Prokuren und Handlungsvollmachten,
  - h) Abschluss von Dienstverträgen der Prokuristen und Handlungsbevollmächtigten.
- (5) Die Gesellschafterversammlung kann bestimmen, dass weitere Arten von Handlungen dem Zustimmungserfordernis unterfallen.



## IV. Gesellschafterversammlung

### § 16

#### Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung

- (1) Der Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung unterliegen alle Angelegenheiten, für die nicht aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften oder nach diesem Gesellschaftsvertrag andere Organe zuständig sind.
  
- (2) Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über
  - a) Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführer,
  - b) Erteilung von Weisungen gegenüber den Geschäftsführern,
  - c) Entlastung der Geschäftsführer,
  - d) Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen Geschäftsführer,
  - e) Übernahme neuer Aufgaben von besonderer Bedeutung im Rahmen des Unternehmensgegenstandes,
  - f) Errichtung, Erwerb, Veräußerung und Auflösung von Unternehmen und Beteiligungen,
  - g) Wirtschaftsplan und fünfjährige Finanzplanung einschließlich ihrer Nachträge,
  - h) Feststellung des Jahresabschlusses,
  - i) Ergebnisverwendung,
  - j) Wahl des Abschlussprüfers,
  - k) Änderung und Ergänzung des Gesellschaftsvertrages, insbesondere Kapitalerhöhungen,
  - l) Auflösung der Gesellschaft,
  - m) Abschluss und Änderung von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291, 292 AktG,
  - n) Umwandlungen im Sinne des § 1 UmwG sowie Veräußerung von wesentlichen Teilen des Gesellschaftsvermögens.

## § 17

### **Einberufung der Gesellschafterversammlung**

- (1) Die Geschäftsführer haben die Gesellschafterversammlung innerhalb eines Monats nach Aufstellung und Prüfung des Jahresabschlusses, spätestens jedoch bis zum 31. August eines jeden Jahres, sowie bei sonstigem Bedarf einzuberufen. Die Gesellschafterversammlung ist des Weiteren einzuberufen, wenn dies von mindestens 10 % des Stammkapitals unter Angabe des Zwecks und der Gründe in Textform beantragt wird.
- (2) Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführer mit einer Frist von mindestens zwei Wochen unter Mitteilung der Tagesordnung schriftlich einberufen. Bei Einverständnis aller Gesellschafter kann auf Einhaltung von Form und Frist verzichtet werden.
- (3) Die Einberufung durch einen Geschäftsführer genügt.

## § 18

### **Versammlungen und Beschlüsse der Gesellschafter**

- (1) Die Beschlüsse der Gesellschafter werden grundsätzlich in Versammlungen gefasst.
- (2) Außerhalb von Versammlungen können Beschlüsse – soweit nicht zwingendes Recht eine andere Form vorschreibt – in schriftlicher Form oder in jeder anderen rechtlich zulässigen Form gefasst werden, wenn kein Gesellschafter diesem Verfahren widerspricht.
- (3) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist. Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist binnen einer Woche eine neue Gesellschafterversammlung einzuberufen. Diese Versammlung, die innerhalb von vier Wochen tagen muss, ist hinsichtlich der gleichen Tagesordnungspunkte ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Kapitals beschlussfähig, worauf in der Ladung hinzuweisen ist.
- (4) Die Gesellschafterversammlung wählt einen Vorsitzenden, der die Versammlung leitet und die Form der Abstimmung bestimmt.

- (5) Die Beschlüsse der Gesellschafter werden, soweit das Gesetz oder dieser Gesellschaftsvertrag nichts anderes vorschreiben, mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Je 1,00 Euro eines Geschäftsanteils gewährt eine Stimme. Jeder Gesellschafter kann seine Stimmen nur einheitlich abgeben.
- (6) Jeder Gesellschafter kann sich durch einen Dritten vertreten lassen. Die Vollmacht zur Vertretung und Ausübung des Stimmrechts bedarf der Schriftform; sie ist der Gesellschaft in Verwahrung zu geben.
- (7) Soweit nicht über die Verhandlungen der Gesellschafterversammlung eine notarielle Niederschrift erforderlich ist, ist über den Verlauf der Versammlung eine Niederschrift anzufertigen, in der Ort und Tag der Sitzung, die Teilnehmer, die Gegenstände der Tagesordnung und der wesentliche Inhalt der Verhandlungen sowie die Beschlüsse der Gesellschafter festzuhalten sind. Die Niederschrift ist von dem Vorsitzenden zu unterzeichnen.
- (8) In Niederschriften über Beschlüsse, die außerhalb von Versammlungen gefasst wurden, sind Tag, Art und Teilnehmer der Beschlussfassung sowie der Inhalt der Beschlüsse anzugeben.
- (9) Jedem Gesellschafter ist eine Abschrift der Niederschrift zu übersenden.
- (10) Die Niederschrift gilt als genehmigt, wenn nicht innerhalb von zwei Monaten nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben wird.

## **V. Wirtschaftsplan, Jahresabschluss und Ergebnisverwendung**

### **§ 19**

#### **Wirtschaftsplan, fünfjährige Finanzplanung**

- (1) Die Geschäftsführer stellen in sinngemäßer Anwendung der für kommunale Eigenbetriebe geltenden rheinland-pfälzischen Vorschriften bis zum 30. November des Jahres einen Wirtschaftsplan für das nächste Geschäftsjahr auf. Dem Wirtschaftsplan ist eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde zu legen und ein Investitionsprogramm beizufügen.
- (2) Der Wirtschaftsplan und die Finanzplanung werden im Anschluss an die Beschlussfassung in der Gesellschafterversammlung der Stadt Mainz zeitnah vorgelegt.

### **§ 20**

#### **Jahresabschluss und Lagebericht**

- (1) Die Geschäftsführer haben in den ersten drei Monaten des Geschäftsjahres den Jahresabschluss und den Lagebericht für das vergangene Geschäftsjahr nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches aufzustellen, durch den von den Gesellschaftern gewählten Abschlussprüfer prüfen zu lassen und zusammen mit dem Prüfungsbericht unverzüglich den Gesellschaftern vorzulegen. Der Auftrag an den Abschlussprüfer ist auf die in § 53 Abs. 1 Ziffer 1 bis 3 des Haushaltsgrundsätzegesetzes genannten Maßnahmen zu erstrecken.
- (2) Der Beschluss über die Feststellung des Jahresabschlusses ist zusammen mit dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie der beschlossenen Verwendung des Jahresüberschusses oder der Behandlung des Jahresfehlbetrags unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten öffentlich bekannt zu machen. Gleichzeitig mit der öffentlichen Bekanntmachung sind der Jahresabschluss und der Lagebericht an sieben Werktagen bei der Stadtverwaltung Mainz während der allgemeinen Öffnungszeiten öffentlich auszulegen. In der öffentlichen Bekanntmachung ist auf die Auslegung hinzuweisen.

**§ 21**

**Örtliche und überörtliche Prüfung**

- (1) Dem Rechnungshof Rheinland-Pfalz wird das Recht zur überörtlichen Prüfung nach Maßgabe des § 110 Abs. 5 Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz eingeräumt.
- (2) Der Stadt Mainz, der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion und dem Rechnungshof Rheinland-Pfalz werden die in § 54 Abs. 1 Haushaltsgrundsätzegesetz vorgesehenen Befugnisse eingeräumt.

**§ 22**

**Gewinnverwendung**

Die Gesellschafter haben einen Anspruch auf Ausschüttung des auf ihre Geschäftsanteile anteilig entfallenden Jahresüberschusses zuzüglich eines etwaigen Gewinnvortrages abzüglich eines etwaigen Verlustvortrages, falls dieser nicht bis zum 31. August des jeweiligen Folgejahres durch Beschluss der Gesellschafterversammlung nach § 16 Abs. 2 lit. i) in die anderen Gewinnrücklagen der Gesellschaft eingestellt oder auf neue Rechnung vorgetragen wird.

**VI. Sonstiges und Schlussbestimmungen**

**§ 23**

**Salvatorische Klausel**

Sollte eine Bestimmung dieses Gesellschaftsvertrages zwingenden gesetzlichen Vorschriften widersprechen oder lückenhaft sein, wird die Wirksamkeit des Gesellschaftsvertrages im Übrigen hierdurch nicht berührt. Der Gesellschaftsvertrag ist in diesem Fall so zu ändern oder zu ergänzen, dass der beabsichtigte wirtschaftliche Zweck erreicht wird.

§ 24

**Gründungsaufwand**

Die Kosten der formwechselnden Umwandlung, durch die die GmbH gegründet wird, insbesondere Beurkundungs-, Beratungs- und Eintragungskosten, trägt die Gesellschaft bis zur Höhe von 2.500,00 €.

ENTWURF